

Tagesordnung I Punkt 34 der öffentlichen Sitzung am 21.09.2006

Vorlage Nr. 06-F-01-0091

**Projekt "Haushaltsnahe Dienstleistungen"; / Effektivität des Einsatzes kommunaler Mittel für Eingliederungsleistungen im Bereich Sozialgesetzbuch II
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.09.2006 -**

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0133 vom 04.05.2005 wurden dem Wirtschaftsdezernenten die durch Einführung des SGB II eingesparten Wohngeldmittel (~ 3,5 Millionen €) für „Beschäftigung fördernde kommunale Maßnahmen“ zur Verfügung gestellt.

Der Wirtschaftsdezernent legte im Mai 2005 hierzu die Sitzungsvorlage 05-V-80-8054 Projekt „Haushaltsnahe Dienstleistungen“ vor, in welcher das Projekt mit folgender Zielsetzung beschrieben wurde:

- es sollten zusätzliche Arbeitsplätze in privaten Haushalten geschaffen werden,
- dies sollten sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze der haushaltsnahen Dienstleistungen sein,
- es sollte die „im Sektor Haushaltsnahe Dienstleistungen vorherrschende Schwarzarbeit“ bekämpft werden,
- es sollten neue Märkte für Arbeitsuchende erschlossen werden,
- es sollte gemäß einer früheren Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung (Beschluss Nr. 0583 vom 18.11.2004) die Erfahrungen aus Kombilohnmodellen – wie beispielsweise das Mainzer Modell – geprüft werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- Wie viele Arbeitsplätze sind in privaten Haushalten geschaffen worden?
- Wie nachhaltig werden diese nach Wegfall der kommunalen Förderung zur Verfügung stehen?
- Welche konkreten Erkenntnisse gibt es hinsichtlich der Bekämpfung von Schwarzarbeit?
- Konnten „neue Märkte für Arbeitsuchende“ erschlossen werden?
- Worin liegt der prinzipielle Unterschied zu den Kooperationen des Sozialdezernats mit Personaldienstleistern, die ausschließlich aus Bundesmitteln gemäß SGB II finanziert werden?

Beschluss Nr. 0483

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.09.2006 betr.

Projekt „Haushaltsnahe Dienstleistungen“

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2006

**Dieser Beschluss ist in das Beschluss-
management aufgenommen.**

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .09.2006

Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister